

Stabilitätspakt 2012-2016:

Kein Grund zum Jubeln

Es ist kein Trost, wenn es anderen noch schlechter geht. Trotzdem sollte man sich ansehen, was man in anderen Ländern zur Lösung der Krise unternimmt.

Naheliegender ist ein Vergleich mit Griechenland. Die unsäglich schwachsinnige neoliberale Politik der dominierenden „StaatenlenkerInnen“ der EU und eine der angepassten Berichterstattungen in den Massenmedien macht das fast unmöglich. Soviel zur Charakterisierung: die ausschließlich auf Sparmaßnahmen setzende Politik verursachte einen weitgehenden Einbruch des Inlandmarktes, klare Folge: weiter reduziertes Steueraufkommen. Maßnahmen zur längst überfälligen wirksamen Besteuerung der Krisenverursacher wurden nur sehr zögerlich in Angriff genommen. Wie reagieren Merkel, Sarkozy & Co darauf? „Hat es bisher nicht funktioniert, so machen wir so weiter, diesmal nur noch brutaler!“ Intelligent? Kein Mensch hat Freude mit den Ausschreitungen in Athen, aber überraschend kamen sie nicht. Jedenfalls für denkende Menschen.

Auch in anderen Ländern gehen, sorgsam verborgen von unseren Massenmedien, Sozialabbau und Massenbelastungen weiter. In Frankreich werden Massensteuern erhöht, die BezieherInnen kleiner Einkommen verhältnismäßig mehr treffen, als Vermögende und SpitzenverdienerInnen. Im Bildungsbereich sollen 16.000 Jobs gestrichen werden. Die italienische Regierung erhöht ebenfalls Mehrwert- und Benzinsteuern sowie das Pensionsalter für Männer auf 67. In Großbritannien werden 500.000 Beamte eingespart, d.h. arbeitslos, die Mehrwertsteuer erhöht sowie Wohnungsbeihilfen und Kindergelder gekürzt. In Ungarn geht der rasante Demokratieabbau mit drastischen Verschlechterungen für die Arbeitslosen einher: statt bislang 270 Tage soll die Hilfe nur noch 90 Tage in Anspruch genommen werden.

Auch in Österreich gibt es schmerzhaftes Einschnitte. Von einer umfassenden Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit sind wir noch meilenweit entfernt. Die ÖVP hält weiter schützend ihre Hand über Milliardäre und Millionenerben. Aber die Offensivmittel für Investitionen, 2 Mrd. Euro für Bildungsreform, 1,4 Mrd. für Universitäten und Wissenschaft, viele Hunderte Millionen für Forschung und Entwicklung, thermische Sanierungen, altersgerechtes Bauen und Wohnen, sprachliche Frühförderung und Kinderbetreuung können sich sehen lassen. Es bleibt noch viel zu tun. Von den Krisenverursachern kommen auch jetzt nur Brosamen, und die auch nur zeitlich begrenzt, aber ein bescheidener Anfang ist getan. Die Forderung des ÖGB nach Fairteilen hat nichts von ihrer Aktualität verloren!

Wilhelm L. Anděl
wilhelm@andel.at

Bild: waz_w_andel_2010.jpg